

Arbeitspapier/Dokumentation

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Juli 2004

Wolfram Brunner

Der US-Präsidentschaftswahlkampf 2000 vor den „Conventions“

Sankt Augustin, Juli 2000

Ansprechpartner: Dr. Stephan Eisel
Hauptabteilungsleiter Politische Bildung und Kommunalpolitik
Telefon: 2236 707-212
E-Mail: stephan.eisel@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungszentrum Eichholz
Urfelder Straße 221, 50389 Wesseling

Der US-Präsidentschaftswahlkampf 2000 vor den „Conventions“¹

Der aktuelle Präsidentschaftswahlkampf in den USA scheint spannender zu werden als viele bisherige Rennen um das höchste politische Amt in den Vereinigten Staaten. Fast alle politischen Kommentatoren sind sich darüber einig, daß es nach dem derzeitigen Stand der Dinge am 7. November einen knappen Wahlausgang geben wird. Als Kandidaten der Demokratischen bzw. der Republikanischen Partei werden Vizepräsident Al Gore und der texanische Gouverneur George W. Bush gegeneinander antreten. Formell werden sie auf den Nationalkonventen ihrer Parteien nominiert, die vom 31. Juli bis zum 3. August in Philadelphia (Republikaner) und vom 14. bis 17. August in Los Angeles (Demokraten) stattfinden werden.

Der Präsidentschaftswahlkampf steht also kurz vor dem Beginn einer neuen Phase. Der August gilt in den USA traditionell als „convention period“. Diese „convention period“ trennt die Sommerpause von der heißen Wahlkampfphase, die in der Regel Anfang September nach dem „Labor Day“ - in diesem Jahr am 4. September - beginnt. Erst während der „convention period“ wendet sich der Großteil der amerikanischen Bürger dem Wahlkampfgeschehen zu. Für die Kandidaten gilt es, in dieser Phase durch einen erfolgreichen Parteikonvent sowie durch eine geschickte Auswahl eines Vizepräsidentschaftskandidaten Stimmung für sich zu machen.

Stimmungen und Wahlprognosen

In diesem Wahljahr hat sich die politische Stimmung für die beiden Hauptkontrahenten Gore und Bush bereits mehrmals gewandelt. Zu Beginn des Jahres war Bush klarer Favorit in den Meinungsumfragen. Die diversen Forschungsinstitute ermittelten damals bei etwa 50 Prozent der registrierten oder wahrscheinlichen Wähler eine Präferenz für den texanischen Gouverneur; etwa 40 Prozent sprachen sich für Gore aus. Dieses Stimmungsbild veränderte sich im Verlauf des Vorwahlkampf deutlich. Der unerwartet spannende und kontroverse Wettbewerb um die republikanische Nominierung zwischen Bush und John McCain sowie der überraschend klar zugunsten Gores ablaufende demokratische Vorwahlkampf führten zu Stimmungseinbußen auf Seiten des Texaners und zu Gewinnen für den Vizepräsidenten. Ende März lagen die beiden Kandidaten dementsprechend gleich auf bei etwa 45 Prozent. In den Monaten seit April hat das politische Stimmungsbarometer freilich wieder zugunsten Bushs umgeschlagen. In den letzten Umfragen von Anfang Juli liegt er deutlich vor Gore bei etwa 50 Prozent; der Vizepräsident erhält etwa 40 Prozent. Auch wenn einige Erhebungen einen

¹ Der Autor war im Mai und Juni dieses Jahres in den USA, um den aktuellen Präsidentschaftswahlkampf zu beobachten. Der Aufenthalt fand im Rahmen des Stiftungsprojekts „Politische Kommunikation“ statt.

kleineren Vorsprung für George W. Bush ermitteln, gilt der texanische Gouverneur ganz klar als Gewinner der „post-primary period“.

Auf Basis solcher Umfragezahlen Wahlsieger zu prognostizieren, wäre allerdings falsch. Zum einen schenken viele US-Bürger dem Wahlkampf noch keine Aufmerksamkeit, so daß Meinungsbekundungen derzeit häufig ohne Grundlage und ad hoc geschehen; gerade im Umfeld der Parteikonvente sind noch einmal deutliche Stimmungsschwankungen zu erwarten. Die Umfragezahlen jedenfalls, die während der Präsidentschaftswahlkämpfe 1988 und 1992 im Mai und Juni erhoben wurden, haben jeweils den falschen Kandidaten als Wahlgewinner vorausgesagt: Michael Dukakis und George Bush. Die einschlägigen Prognosemodelle der Politikwissenschaftler, die nicht auf der Wahlabsichtsfrage, sondern in erster Linie auf der wirtschaftlichen Stimmungslage sowie auf der Leistungsbeurteilung der aktuellen Regierung beruhen, sehen auch nicht Bush, sondern Gore als klaren Wahlgewinner.

Ein zweiter Grund für die vorsichtige Bewertung der allgemeinen politischen Stimmungslage ergibt sich aus der Tatsache, daß bei der Wahl des US-Präsidenten nicht die Zahl der absoluten Wählerstimmen entscheidend ist, sondern die Stimmen des Wahlmännerkollegiums. Es geht für die Kandidaten also nicht darum, überall gute Stimmung für sich zu schaffen, sondern vor allem um die Stimmung in den bevölkerungsreichen und damit wahlmännerstarken Bundesländern. Mit den Wahlmännerstimmen der 10 bevölkerungsreichsten Staaten kann ein Kandidat bereits 257 der 270 Stimmen erlangen, die für eine Mehrheit in dem 538 Wahlmänner umfassenden Kollegium notwendig sind.

Bei einer nach Bundesländern getrennten Betrachtung der politischen Stimmungslage ergibt sich derzeit freilich ebenfalls ein klarer Vorteil für Bush. Viele der größten Staaten sind jedoch noch umkämpft. Bush wird auf jeden Fall seinen Heimatstaat Texas gewinnen und wahrscheinlich auch Florida, wo sein Bruder Jeb Bush als Gouverneur amtiert. Gore kann hingegen auf New York und vielleicht auch auf Kalifornien zählen. Florida und Kalifornien gelten allerdings schon jeweils als unsicher; und die übrigen „big shots“ werden klar als „battlegrounds“ geführt: Zu ihnen zählen im Osten Pennsylvania und New Jersey, im Mittleren Westen Illinois, Ohio, Michigan, Indiana, Missouri, Wisconsin, Iowa, im Süden North Carolina und Georgia und im Westen Washington.

Aktuelle Trends: „soft money“, „issue ads“ und „internet campaigning“

Für den Präsidentschaftswahlkampf 2000 sind vor allem zwei aktuelle Trends zu nennen. Zum einen geht es um das Thema „soft money“ und die damit finanzierten „issue ads“. Das Wahljahr 2000 ist einmal mehr ein Jahr der Rekorde, was das Fundraising und den Kosten-Aspekt der Wahlkämpfe angeht. George W. Bush zum Beispiel hat bis Mitte Juni dieses Jahres etwa 85 Mio. Dollar an Spenden eingesammelt und 75 Mio. Dollar ausgegeben. 1996 waren Bill Clinton und Bob Dole bis zu diesem Zeitpunkt noch mit jeweils etwa 40 Mio. Dollar ausgekommen - ein Betrag, den auch Al Gore bisher ausgegeben hat. Nicht nur die Kandidaten selbst, auch die Parteien haben seit 1999 Rekordsummen eingenommen: Die nationalen Parteikomitees der Republikanischen Partei haben bis April dieses Jahres etwa 179 Mio. Dollar an streng regulierten Spenden („hard money“) und 86 Mio. Dollar an weich regulierten Spenden („soft money“) eingesammelt; bei der Demokratischen Partei waren es 104 Mio. bzw. 77 Mio. Dollar.

„Soft money“ kann nur von Parteien, Interessengruppen oder Unternehmen - und nicht von Kandidaten selbst - eingenommen werden und sollte ursprünglich nur für Parteiaufbaumaßnahmen, Wählerinformation, -registrierung und -mobilisierung am Wahltag genutzt werden. Daher ist das Einsammeln und Ausgeben dieses Geldes wenig limitiert. 1996 jedoch begann die Demokratische Partei das „soft money“ auch für Fernsehwerbung einzusetzen. Dies wird von der Gesetzeslage gedeckt, solange die mit „soft money“ finanzierte Fernsehwerbung nicht ausdrücklich zur Wahl- oder Nicht-Wahl eines Kandidaten aufruft. Dementsprechend werden solche Werbespots - die sogenannten „issue ads“ - in diesem Wahljahr nun massenhaft eingesetzt. Seit Anfang Juni haben die Demokratische und die Republikanische Partei ihre „issue ads“ geschaltet, die nicht nur Themen propagieren, sondern auch den eigenen Kandidaten in günstiges Licht rücken - ohne freilich direkt zu seiner Wahl aufzurufen. Aber nicht nur die Parteien, gerade auch Interessengruppen, Organisationen und Unternehmen nutzen jetzt ausgiebig die „issue ads“ für ihre eigenständigen Wahlkampagnen.

„Internet campaigning“ ist der zweite aktuelle Trend im diesjährigen Wahlkampf. Seit 1994 werden Internet-Homepages im US-Wahlkampf eingesetzt, aber erst seit den Erfolgen eines Jesse Ventura bei der Gouverneurswahl in Minnesota 1998 und ganz besonders seit den diesjährigen Vorwahlerfolgen von John McCain, Steve Forbes und Bill Bradley beim Einsatz des Internet in Wahlkampagnen, ist die Euphorie über das neue Medium vollends ausgebrochen. Allerdings muß betont werden, daß das Internet als klassisches Überzeugungsmedium noch wenig geeignet ist. Die große Masse der politisch häufig desinteressierten Wechselwähler wird über Internetseiten ebenso wenig erreicht wie die große Masse der treuesten Wähler und Geldgeber, bei denen es sich nicht selten um Senioren handelt. Aber das Internet bietet wenigstens die Möglichkeit, eine Klientel anzusprechen, mit der auch die Politik in den USA ih-

re Schwierigkeiten hat: die Jugend und junge - häufig hochgebildete und besserverdienende - Berufstätige.

Noch kann das Internet nicht auf die traditionellen Medien verzichten. Denn die Webpage eines Kandidaten ist nur dann erfolgreich, wenn ein Kandidat über die klassischen Medien Begeisterung für sich erzeugt oder wenn eine Kampagne massiv in den traditionellen Medien für ihre Homepage wirbt. Erfolgreich eingesetzt wurde das Internet in diesem Jahr bisher vor allem in drei Bereichen: beim Fundraising, bei der Rekrutierung, Organisation und Mobilisierung von freiwilligen Helfern sowie im Bereich der Medienarbeit.

Strategien, Situationsdeutungen, Images

Unmittelbar nach dem Ende der entscheidenden Vorwahlen Mitte März schien George W. Bush deutlich angeschlagener zu sein als sein Rivale Al Gore. In der harten Auseinandersetzung mit John McCain mußte er sich im politischen Spektrum weiter rechts positionieren, als er ursprünglich geplant hatte. Viele politische Kommentatoren prophezeiten ihm damals für den Hauptwahlkampf einen schwierigen und steinigen Weg zurück in die politische Mitte. Gemeistert hat Bush diesen Weg am Ende sehr leicht und mit großer Bravour. Daß der texanische Gouverneur als Gewinner der „post-primary period“ gilt, liegt nicht zuletzt an taktischen Fehlern seines Konkurrenten. Denn die Gore-Kampagne ruhte sich nach den Vorwahlen auf ihren Lorbeeren aus und plante bereits für die Hauptwahlkampfphase ab August, ohne für die Zwischenzeit von April bis Juli ein klares strategisches Konzept zu haben.

Demgegenüber startete Bush sofort mit seiner Reise zurück zum moderaten Republikanismus, den er sich durch seinen zentralen Slogan vom „compassionate conservatism“ eigentlich aufs Schild geschrieben hatte. Die Bush-Kampagne nahm sich ein Beispiel an der Kampagne John McCains und änderte ihre Medienarbeit deutlich: Die Beziehungen zu Journalisten wurden offener und freundlicher, die Kommunikationschefin Karen Hughes bediente die Medien schneller und umfangreicher; und vor allem George W. Bush selbst begann, sich als „Mr. Accessibility“ zu propagieren. Der Zugang und die Offenheit des Kandidaten gegenüber Journalisten gelten als entscheidendes Mittel der Medienarbeit. Dies führte McCain in extremer Weise vor, indem er in seinem Wahlkampfbus permanent von Journalisten umgeben war. Nach den Vorwahlen kopierte George W. Bush das „schmoozing with the press“, durch das die Journalisten leicht zu Verbündeten des Kandidaten werden. Auch gab er viel häufiger Pressekonferenzen.

Diese Pressekonferenzen waren der Grundpfeiler für ein durchdachtes Themenmanagement der Bush-Kampagne. Regelmäßig präsentierte der texanische Gouverneur neue Politikinitiati-

ven, und zwar durchaus in Themenfeldern, die bisher eher von demokratischen Kandidaten besetzt wurden. So sprach er nicht nur über Steuerkürzungen und Sicherheitspolitik, sondern auch über Reformen im Bereich der Bildung, des Gesundheitswesens und der Sozialversicherung. Dadurch positionierte er sich in dreierlei Hinsicht: als moderater Republikaner („compassionate conservatism“), als politischer Reformier (‚reformer with results‘) und als Staatsmann von nationaler Statur.

Die Gore-Kampagne hatte dieser Strategie im April und Mai nichts entgegenzusetzen. Sie wurde durch die ständigen Initiativen Bushs in die Defensive gedrängt. Gore versuchte Bushs Vorschläge in Details zu zerlegen und ihre Nicht-Machbarkeit oder die damit verbundenen Risiken aufzuzeigen. Diese im Vorwahlkampf gegenüber Bill Bradley erfolgreich angewandte Methode wirkte diesmal nicht. Bush ließ sich nicht auf Details ein, und die Öffentlichkeit war ebenfalls noch nicht an Detaildiskussionen interessiert, so daß Gores Attacken lediglich als negativ und destruktiv erschienen. Allerdings konzentrierte Gore seine eigenen Initiativen in dieser Zeit auch auf regionale Wahlkampfevents und Einzelinterviews mit Lokaljournalisten, während er das „feeding“ der nationalen Medien vernachlässigte und über Wochen hinweg keine großen Pressekonferenzen abhielt. Der Gore-Kampagne ging es vor allem um die Beeinflussung lokaler Medienberichterstattung in strategisch wichtigen Gebieten. Es wird sich noch zeigen, ob dieses „undercover campaigning“ Früchte tragen wird. Erst seit Anfang Juni ist der Vizepräsident umgeschwenkt und versucht nun auch auf nationaler Ebene stärker eigene Positivakzente zu setzen.

Alles in allem hat George W. Bush bisher eher eine präsidentielle Strategie gefahren als Al Gore. Der Texaner betont seine moderaten Ansichten, seine positiven Politikansätze und seine Überparteilichkeit, während er Gore als negativ und parteilich sowie als Mann ohne Überzeugungen und als Marionette der Meinungsforschung und Focus-Gruppen darstellt. Der Vizepräsident wird von der Bush-Kampagne zudem mit den Skandalen der Clinton-Regierung verknüpft. Dies ist um so leichter, als Gore im Wahlkampf 1996 an einer rechtlich nicht korrekten Fundraising-Aktion in einem buddhistischen Kloster in Kalifornien teilgenommen hat, was ihm im Verlauf des Wahlkampfs noch einige Probleme bereiten könnte. Bush will solchen Skandalen ein Ende machen und wieder „honor and dignity“ ins Weiße Haus bringen. Hier propagiert er das „time for a change“-Motiv, während er eine Wahl des Vizepräsidenten als „dritte Legislaturperiode der Clinton/Gore-Regierung“ zu diskreditieren versucht. Die positive Wirtschafts- und Haushaltslage wird von der Bush-Kampagne als ein Resultat der „hard working Americans“ sowie der Notenbankpolitik interpretiert und nicht als Leistung der Clinton-Regierung.

Für Al Gore hingegen sind die extrem gute ökonomische Situation, die Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung und die relativ große Zufriedenheit der US-Bürger zentrale Wahlargu-

mente. Seinen Strategiewechsel Anfang Juni stellte er dementsprechend unter das Motto „prosperity and progress“. Er selbst propagiert sich damit als Garant von Wohlstand, Stabilität und noch weitergehenden Verbesserungen. Allerdings folgen die Amerikaner bisher eher der Situationsdeutung Bushs und führen die guten Zeiten lieber auf den populären Notenbankchef Alan Greenspan oder die boomende „dot-com“-Industrie zurück. Und da der Vizepräsident in der politischen Stimmung noch immer hinter Bush zurückliegt, kommt er nicht umhin, die politischen Ideen des texanischen Gouverneurs weiterhin als nicht finanzierbar und als Sicherheitsrisiko - vor allem für das Sozialversicherungssystem - zu attackieren. Darüber hinaus versuchte er in den letzten Wochen unter Rückgriff auf klassische Argumentationsmuster der Demokratischen Partei, Bush als Marionette des Großkapitals - insbesondere der texanischen Ölindustrie - hinzustellen. Ebenso verknüpfte er Bush mit dem republikanisch kontrollierten und angeblichen „do nothing for people“-Kongreß. Inwieweit solche Angriffe tatsächlich die gewünschte Wirkung entfalten und nicht negativ auf Gore selbst zurückfallen, bleibt abzuwarten. Für den texanischen Gouverneur jedenfalls sind sie nur ein weiterer Beleg für die Negativität und Bössartigkeit Gores. Bush selber verpackt negative Attacken gegen Gore übrigens in Witz und Humor, gibt seinen Widersacher immer wieder der Lächerlichkeit preis und ist damit offenbar äußerst erfolgreich.

Überhaupt wird Gores Rückstand in den Meinungsumfragen derzeit vor allem auf sein Imageproblem zurückgeführt, das er bisher auch nach mehrmaligem Strategiewechsel nicht überkommen konnte. Der Vizepräsident gilt zwar als intelligent, kompetent und erfahren; zugleich aber wird er auch als besserwisserisch und wenig sympathisch angesehen. Bush dagegen wird nicht nur als besserer politischer Führer, sondern auch als sympathisch und volksnah eingeschätzt. Das wichtige „connecting with people“, in dem Bill Clinton als unbestrittener Meister gilt, ist eher eine Sache Bushs, während Gore häufig kontrolliert, steif und distanziert erscheint. Noch problematischer für Gore ist vielleicht die Tatsache, daß er ein massives Glaubwürdigkeitsproblem hat. Viele US-Bürger trauen dem Vizepräsidenten einfach nicht über den Weg - nicht zuletzt aufgrund seiner potentiellen Verstrickungen in Skandale und seiner häufigen Positionswechsel in politischen Sachfragen. Dagegen erreicht Bush sehr gute Werte, wenn es um Vertrauenswürdigkeit und moralische Integrität geht.

Themen und Positionen

Die Themen und Positionen der beiden Präsidentschaftskandidaten werden in den nächsten Wochen deutlich stärker ins Zentrum des allgemeinen Interesses rücken. Die Auswahl der Wahlkampfthemen und der politischen Positionen beruht sowohl bei Gore als auch bei Bush auf drei Quellen: auf dem Themen- und Wertekanon der jeweiligen Partei, auf den im Verlauf der politischen Karriere individuell entwickelten Lieblingsthemen und schließlich auf den

Themen und Positionen, die in der Bevölkerung als wichtig und richtig angesehen werden. All diese Quellen werden natürlich durch die aktuelle Problemlage in Wirtschaft und Gesellschaft beeinflusst. Dabei existiert in diesem Wahljahr eine einmalige Situation, denn erstmals kann in einem Wahlkampf über die Verteilung eines Haushaltsüberschusses - der über die nächsten 10 Jahre auf etwa 2 Billionen Dollar geschätzt wird - gestritten werden. Für die Bürger bleiben dennoch die bereits seit vielen Jahren an der Spitze der Prioritätenrangskala stehenden Themen Bildung, Gesundheitswesen, Sozialversicherung und Steuern entscheidend.

Auch wenn Gore und Bush moderate oder zentristische Kandidaten sind, wurden die unterschiedlichen Politikansätze der beiden Kandidaten bereits in den letzten Monaten deutlich: Der Demokrat Al Gore steht für eine moderate Senkung der Steuerlast in Höhe von etwa 300 bis 500 Mrd. Dollar über die nächsten 10 Jahre. Durch diese vorsichtigere Entlastung kann ein Teil des Haushaltsüberschusses für den Abbau von Staatsschulden sowie die Ausweitung staatlicher Förderprogramme in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen und Sozialversicherung genutzt werden. Diese Programme sollen in erster Linie Beziehern unterer und mittlerer Einkommen zugute kommen. Der Republikaner Bush hingegen propagiert eine stärkere Steuersenkung, die in den nächsten 10 Jahren etwa 800 bis 1000 Mrd. Dollar kosten würde. Er befürwortet eine Dezentralisierung staatlicher Aufgaben und die Förderung von Teilprivatisierungen im Sozialbereich und im Bildungssystem.

Vor allem die Reform des Sozialversicherungswesens ist in den vergangenen Monaten - nicht zuletzt aufgrund der Initiative Bushs - diskutiert worden. Ähnlich wie auch in Deutschland ist das gesamte System aufgrund demographischer Veränderungen reformbedürftig. Die hundertprozentige Zahlungsfähigkeit von „social security“ ist nach dem jetzigen Stand der Dinge nur bis zum Jahre 2037 gewährleistet. Von da an werden sich Defizite ergeben. Gore will das System grundsätzlich erhalten, wobei es durch zusätzliche staatliche Mittel gesichert werden soll. Diese Mittel werden frei, wenn ein Teil der jetzigen Überschüsse aus dem Haushalt und der „social security“ zur Rückzahlung der Staatsverschuldung (etwa 3,5 Billionen Dollar) und damit zur Senkung der Zinsschuld genutzt werden. Weitere Mittel sollen zur Förderung der privaten Altersvorsorge eingesetzt werden, die aber außerhalb des bestehenden Sozialversicherungssystems angesiedelt sein soll. Demgegenüber will Bush mit den derzeitigen Überschüssen aus der Sozialversicherung die Teilprivatisierung des Systems finanzieren. Nach diesem Modell sollen die US-Bürger einen Teil ihrer bisherigen Sozialabgaben für private Vorsorge verwenden und in gewinnbringende Anlagen - etwa in den Aktienmarkt - investieren.

Auch in den übrigen Politikfeldern zeigen sich Unterschiede zwischen Gore und Bush. Ins Bildungswesen wollen zwar beide Kandidaten mehr Geld stecken, um die Qualität von Lehrern und Lehre zu erhöhen, die Ausstattung von Schulen zu verbessern und die Reduzierung

der Klassen zu erreichen. Bush zeigt sich dabei aber weniger generös und will stattdessen die Autonomie und den Gestaltungsspielraum der Bundesländer und der Gemeinden erhöhen - wobei die adäquate Ausbildung der Schüler durch schärfere Überprüfungen sichergestellt werden soll. Zudem will Bush den Eltern mehr Freiheiten bei der Auswahl der Schule geben und Gutscheine - sogenannte „vouchers“ - an bedürftige Eltern verteilen, damit diese ihre Kinder an teurere Privatschulen schicken können. Dieser Ansatz wird vom Vizepräsidenten strikt abgelehnt, weil damit der Bestand der öffentlichen Schulen gefährdet sei.

Der Umweltschutz ist vor allem ein Thema Al Gores, der Bush und die relativ schlechte Umweltsituation in Texas scharf angreift. Gore will mehr Geld bereitstellen, um umweltfreundliche Unternehmen und öffentliche Verkehrsmittel zu fördern sowie mehr Naturschutzgebiete zu schaffen. In den Bereichen Waffenkontrolle und Abtreibung besetzt Gore (inzwischen) ebenfalls die eindeutig „linkeren“ Positionen. Im Gegensatz zu früher propagiert er eine merkliche Verschärfung der Schußwaffenkontrolle, während Bush auf eine konsequentere Anwendung bestehender Gesetze sowie bessere Aufklärung und Erziehung setzt. Um sich moderater zu positionieren, hat der Gouverneur inzwischen freilich auch eine gewisse Unterstützung für die sogenannten „trigger locks“ signalisiert - Abzugssperren, durch die Kinder vom Umgang mit den Waffen ihrer Eltern abgehalten werden sollen. In der Abtreibungsfrage spricht sich Gore für das freie Recht auf Abtreibung und - wiederum im Gegensatz zu früher - für eine Finanzierung durch die Krankenversicherung aus. Bush hält sich in diesem Bereich eher bedeckt. Er unterstützt allerdings die konservative Initiative zum verfassungsmäßigen Verbot von Abtreibungen. Beim Thema Todesstrafe existieren kaum Unterschiede zwischen den beiden Kontrahenten. Ebenso wie die Mehrheit der Bevölkerung gelten sowohl Gore als auch Bush als Befürworter, so daß die umstrittenen Exekutionen in Texas wahrscheinlich kein größeres Problem für den Gouverneur in den kommenden Wahlkampfwochen werden.

Weniger drastische Differenzen zeigen sich ebenfalls in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik. Beide Kandidaten sind Befürworter des Freihandels sowie einer aktiven Führungsrolle der USA in der Weltpolitik. Allerdings möchte Bush die Auslandseinsätze des US-Militärs stärker auf Situationen vitalen nationalen Interesses beschränken. Sowohl Bush als auch Gore unterstützen den Aufbau des sogenannten „National Missile Defense System“ sowie die Erhöhung der Rüstungsausgaben - auch wenn sich Gore in beiden Aspekten zurückhaltender äußert. Das „National Missile Defense System“ etwa will er unter Modifizierung des ABM-Vertrages in Übereinstimmung mit den ehemaligen Ostblockstaaten installieren, während Bush den ABM-Vertrag nach der Auflösung der Sowjetunion als gegenstandslos ansieht. Unterschiedliche Positionen haben Gore und Bush zu dem vom US-Senat abgelehnten Vertrag über das weltweite Verbot von Nuklearwaffentests eingenommen: Gore befürwortet den Vertrag, Bush ist dagegen.

Insgesamt haben sich sowohl Gore als auch Bush für die verschiedenen Politikfelder mit bekannten Experten als Berater umgeben. Vor allem Bush betont diesen Rückgriff auf anerkannte Persönlichkeiten, um sich als Politiker ohne Erfahrung auf der nationalen und internationalen Ebene vor dem Vorwurf zu schützen, ein politisches Leichtgewicht zu sein. Dies gilt insbesondere für die Außen- und Sicherheitspolitik. Bushs Chefberaterin für diesen Bereich ist Condoleezza Rice, eine bekannte und geachtete Stanford-Professorin und ehemaliges Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates unter George Bush Senior. Unterstützt wird er darüber hinaus vom ehemaligen Verteidigungsminister Dick Cheney, vom ehemaligen Außenminister George Shultz sowie dem beliebten ehemaligen Chef des US-Generalstabs Colin Powell. Als weitere externe Policy-Berater Bushs fungieren die Harvard-Professoren Larry Lindsay und Martin Feldstein für die Wirtschafts- und Steuerpolitik sowie der Bürgermeister von Indianapolis Steven Goldsmith für die Innenpolitik.

Ausblick: Konvente, Vizepräsidentschaftskandidaten und „third party candidates“

In den bevorstehenden Wochen wird es für die beiden Kandidaten um einen reibungslosen und erfolgreichen Ablauf der Parteikonvente gehen. Die Planungen sind im vollen Gange, und bisher scheint keiner der voraussichtlichen Kandidaten größere Schwierigkeiten durch ehemalige oder weiterhin im Rennen befindliche Konkurrenten zu bekommen. John McCain und Alan Keyes auf der republikanischen Seite und Bill Bradley auf der demokratischen Seite konnten oder wollten offenbar keine weitreichenden programmatischen Zugeständnisse als Preis für einen konfliktfreien Ablauf der Parteitage einfordern. Der populäre John McCain soll am zweiten Tag des republikanischen Parteitages sprechen, und zwar zur Sicherheitspolitik und nicht zur Regulierung der Wahlkampffinanzierung, die zwischen Bush und McCain so umstritten war. Ebenfalls sprechen wird Colin Powell. Bill Bradley wird auf der demokratischen Versammlung eine Rolle spielen.

Die Auftritte von McCain, Powell und Bradley lenken das Augenmerk auf die Frage des jeweiligen Vizepräsidentschaftskandidaten - des „running mate“. Sowohl McCain als auch Powell gelten als potentielle Superwaffen Bushs. Beide haben jedoch bisher immer wieder ausgeschlossen, als Vizepräsidentschaftskandidat anzutreten. Zudem scheinen McCain und seine Berater noch immer verbittert über Bushs Sieg bei den Vorwahlen zu sein. Der texanische Gouverneur hat im Laufe des Wahlkampfes viele Namen anderer potentieller Kandidaten erwähnt. Zunächst lag das Hauptaugenmerk der Medien auf Tom Ridge, dem Gouverneur des bevölkerungsreichen Pennsylvania. Allerdings gilt Ridge als zu liberal in der Abtreibungsfrage. Als weitere Anwärter werden Gouverneur Frank A. Keating aus Oklahoma, die Senatoren Fred D. Thompson aus Tennessee und Chuck Hagel aus Nebraska sowie die Abgeordneten

John R. Kasich aus Ohio und Christopher Cox aus Kalifornien gehandelt. Immer noch im Rennen um das Amt des „running mate“ ist ebenfalls Elisabeth Dole, die als Frau eine interessante taktische Wahl wäre, deren Wahl aber als sehr unwahrscheinlich gilt.

Auf der Seite Gores herrscht ebenso wenig Klarheit, was die Frage des Vizepräsidenten-kandidaten angeht. Allerdings hat er es insofern leichter als Bush, als er zeitlich nach diesem die endgültige Auswahl treffen und so auf etwaige geographisch oder demographisch motivierte Entscheidungen des Texaners reagieren kann. An erste Stelle der demokratischen Vizepräsidenten-kandidaten wird derzeit Senator Evan Bayh aus Indiana - ein „battleground“-Staat - gesetzt. Wenn Gore eine Frau nominiert, wird er sich wahrscheinlich für Dianne Feinstein, Senatorin aus dem bevölkerungsstarken und für Gore nicht absolut sicheren Kalifornien, entscheiden. Weitere Kandidaten sind die Senatoren Joseph I. Lieberman aus Connecticut, Richard J. Durbin aus Illinois, George J. Mitchell aus Maine, Bob Graham aus dem wichtigen Florida und John Kerrey aus Massachusetts sowie Energieminister Bill Richardson, Verteidigungsminister William Cohen und Bill Bradley. Schließlich hat Al Gore jüngst auch den mächtigen Oppositionsführer im Abgeordnetenhaus, Richard A. Gephardt aus Montana, als Anwärter genannt.

Unabhängig von der Entscheidung Gores und Bushs bleibt umstritten, wie wichtig die Auswahl des „running mate“ überhaupt ist. Viele US-Experten messen diesem Aspekt des Wahlkampfes nur wenig Bedeutung zu. Daß sich etwa George Bush Senior für den wenig ernstzunehmenden Dan Quale entschieden habe und trotzdem gewählt worden sei, sei der Beweis für die Bedeutungslosigkeit des Vizepräsidenten-kandidaten. Allerdings sind auch vorsichtiger Töne zu hören: Bei einem knappen Wahlausgang, könne die Auswahl des „running mate“ von großer Tragweite sein.

Falls freilich George W. Bush nicht doch noch John McCain oder Colin Powell als „running mate“ aus dem Hut zaubern kann, wird die Frage des Vizepräsidenten-kandidaten für das Wahlergebnis wohl weniger bedeutsam sein als das Abschneiden der Präsidenten-kandidaten kleinerer Parteien. Der relativ große Erfolg von Ross Perot bei den letzten beiden Präsidenten-wahlen, bei denen er vor allem Stimmen aus dem republikanischen Lager abschöpfte, ist Gore und Bush in lebhafter Erinnerung. In diesem Jahr freilich werden *beide* Hauptkontrahenten - sowohl von rechts als auch von links - in die Zange genommen. Der konservative Pat Buchanan tritt als Kandidat der Reformpartei an, der bekannte „Verbraucherschlichter“ Ralph Nader als Kandidat der Grünen. Nach den aktuellen Umfragen stellt dabei Nader für Gore eine größere Gefahr dar als Buchanan für Bush. Speziell in Kalifornien könnte Nader Gore entscheidende Stimmen abnehmen, was zu einem dortigen und damit auch zu einem Gesamtsieg des texanischen Gouverneurs führen könnte. Im amerikanischen Wahlkampf stehen spannende Wochen bevor.